

Open Space

**Wir wollen Arbeit! Gemeinsam
gegen Jugendarbeitslosigkeit**

Forderungskatalog des Open Space
vom 2./3. März 2007



IMPRESSUM

ISBN	978-3-89892-700-0
Herausgeber	Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft Hiroshimastraße 17 10785 Berlin DGB-Jugend Henriette-Herz-Platz 2 10178 Berlin
Text	Catrina Schläger
Redaktion	Anja Wehler-Schöck (Friedrich-Ebert-Stiftung), Marco Frank, Dirk Neumann (DGB-Jugend)
Fotos	Joachim Liebe
Gestaltung	Miriam Bussmann, Berlin
Druck	primeline.print, Berlin Copyright 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft Dieses Projekt wurde gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung und des Projektes „Die Gesellschafter“ der AktionMensch. Juni 2007



Vorbemerkung

Junge Menschen sehen gegenwärtig durch Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit kaum berufliche Perspektiven und müssen bereits früh Existenzängste erfahren. Eine Ausgrenzung zu Beginn des Berufslebens zeigt für viele Auswirkungen auf ihr ganzes Leben. Die Stimmen der Jugendlichen werden jedoch in der gesellschaftlichen Diskussion über dieses Thema bislang kaum gehört.

Vor diesem Hintergrund organisierte das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gemeinsam mit der Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB-Jugend) eine zweitägige Ideenwerkstatt. Am 2. und 3. März 2007 trafen sich Schüler/innen, arbeitslose Jugendliche, Gewerkschafter/innen, Sozialarbeiter/innen, Lehrer/innen und Berufsberater/innen zu einem Open Space in der FES Berlin und diskutierten über Probleme und Lösungsansätze mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit.

Christine Bergmann, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung und ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erklärte in ihrer Begrüßungsrede, dass die FES mit dieser Veranstaltung „ein Stück dazu beitragen möchte, dass die Debatte um das Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktreform – ja konkret darum, wie wir Arbeitslosigkeit bekämpfen und Ausbildungsplätze schaffen können – in der Gesellschaft lebendig bleibt“. Sie forderte die anwesenden Jugendlichen auf, sich aktiv mit eigenen Vorschlägen in den Diskussionsprozess einzubringen. Auch Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ermutigte die Jugendlichen als Lobby selbstverant-

wortlich für sich aufzutreten. Dabei berief sie sich auf die Literaturnobelpreisträgerin Pearl S. Buck: „Die Jugend soll ihre eigenen Wege gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden.“

Inwiefern die bestehenden „Wegweiser“ noch immer auf direktem Wege in die Berufswelt führen, wo Baustellen bestehen und welche neuen Orientierungshilfen vonnöten sind, wurde in der zweitägigen Veranstaltung von den Teilnehmer/innen intensiv diskutiert.

In unterschiedlichen Arbeitsgruppen erarbeiteten die Teilnehmenden Ideen, Vorschläge, Forderungen, Empfehlungen und Wünsche, wie das Thema Jugendarbeitslosigkeit von der Politik aufgegriffen werden sollte und welche Ansätze zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit aus ihrer Sicht sinnvoll und notwendig sind.

Die zentralen Aussagen der Teilnehmer/innen sind im vorliegenden Forderungskatalog aufgegriffen, zusammengefasst und mit Fakten untermauert. Im Rahmen eines Nachtreffens wurden sie mit einigen interessierten Teilnehmer/innen noch einmal diskutiert und ergänzt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die DGB-Jugend wollen damit einen Beitrag dazu leisten, neue Impulse in die politische Debatte zu senden.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr aktives Mitwirken am Open Space. Ein herzliches Dankeschön gilt auch allen, die durch ihre Arbeit die Durchführung des Open Space ermöglicht haben.



Der Forderungskatalog des Open Space vom 2./3. März 2007

- Licht in das Dunkel der Jugendarbeitslosigkeitsstatistik
- Zukunftsängste Jugendlicher ernst nehmen
- Soziale Herkunft von schulischem und beruflichem Erfolg entkoppeln
- Nicht für die Schule, sondern für das Leben wollen wir lernen!
- Nicht parken – sondern qualifizieren!
- Mutige und außergewöhnliche Initiativen ergreifen
- Reform des beruflichen Bildungssystems
- Mehr Ausbildungsplätze!
- Alternative Medienwirklichkeit schaffen



Licht in das Dunkel der Jugendarbeitslosigkeit

Rein statistisch gesehen zeichnet sich Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten durch eine relativ geringe Jugendarbeitslosenquote aus: 2006 lag der europäische Durchschnitt bei 17,5 % und Deutschland rangiert nach Berechnung des europäischen Statistikamtes mit 14,2 % einige Prozentpunkte darunter. Doch der positive Eindruck, den diese Zahlen auf den ersten Blick erwecken können, trügt.

Der Bundesagentur für Arbeit gelang es im vergangenen Jahr lediglich, nur knapp jeden zweiten Bewerber erfolgreich in eine Berufsausbildung zu vermitteln (48 %). 6 % konnte sie nach eigenen Angaben gar nicht vermitteln. Der Rest wich in Alternativen aus, absolvierte z. B. den Grundwehrdienst, leistete Zivildienst, nahm ein Studium auf, ging weiter zur Schule, nahm an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teil oder jobbte. Den klassischen Übergang von der Schule in das duale Ausbildungssystem, beim dem die im Betrieb stattfindende Ausbildung mit einer begleitenden Berufsschulbildung kombiniert wird, erreichten jedoch nur noch 43 % des letzten Jahrgangs. Der größte Teil derer, die gerne eine Ausbildung aufnehmen möchten, aber keinen Ausbildungsplatz finden, verbleibt im sogenannten Übergangssystem. Hier absolvieren sie berufsvorbereitende – aber keine berufsqualifizierenden – Maßnahmen. Die Jugendlichen, die sich in Maßnahmen befinden, wurden bislang nicht weiter als „Bewerber/innen“ klassifiziert, sondern als „anderweitig versorgt“ betitelt. Dadurch fielen sie aus der Kategorie „nicht vermittelt“ heraus und beschönigten die tatsächliche Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt.

Mit dem Berichtsjahr 2006/2007 hat die Bundesagentur für Arbeit das Erhebungs- und Auswertungsverfahren für die Ausbildungsmarktstatistik in einigen Punkten verbessert und wird die Situation junger Erwachsener auf dem Arbeitsmarkt zukünftig realitätsnaher darstellen können – allerdings nur zum Teil.

In der neuen Statistik versucht die Bundesagentur für Arbeit zentrale Schwachstellen ihrer bisherigen Be-

rechnung aufzuheben, indem sie die Bewerberkategorien differenzierter aufschlüsselt. So werden z. B. die „Altbewerber/innen“, also diejenigen, die sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt um eine Berufsausbildung angestrengt haben, gesondert aufgezeigt. Ersichtlich ist nun, in welche Form der „Versorgung“ die Bewerber/innen eintreten (in ein Ausbildungsverhältnis, eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, eine Einstiegsqualifizierung oder in einen sozialen Dienst).

Auch ist die Kategorie „anderweitig abgemeldete Bewerber/innen“ eingeführt worden, um die Anzahl derjenigen abzubilden, über deren Verbleib keine Informationen vorliegen. In der alten Statistik waren diese Personen mit den Jugendlichen verrechnet worden, die in eine Maßnahme eingetreten waren. Trotz der detaillierten Aufschlüsselung bleibt ein grundlegendes Defizit in der Darstellung bestehen: Jugendliche, die sich mit der „second best“-Lösung einer Förderungsmaßnahme abfinden müssen, gelten nach wie vor als „versorgt“, obwohl sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen konnten.

Hinzu kommt, dass die Daten der Bundesagentur für Arbeit eine reine Geschäftsstatistik sind. Es werden darin nur diejenigen Personen berücksichtigt, die die Dienste der Agentur in Anspruch genommen haben. Viele Daten wie beispielsweise die Zahl der Schulabgänger/innen eines Jahrgangs stehen der Bundesagentur für etwaige Vergleichs- und Überblickserhebungen nicht zur Verfügung. Die Zahlen der Bundesagentur eignen sich somit nur sehr bedingt, um Aussagen für die gesamte Gesellschaft zu treffen.

Alternative Datenquellen zur Ausbildungssituation in Deutschland gibt es bislang kaum. An vorhandenen Statistiken wird vielfach kritisiert, dass sie interessengeleitet seien und daher keine verlässliche Ressource darstellten. Eine zentrale Forderung ist daher die nach einer neutralen Erhebung zur Ausbildungssituation und zur Jugendarbeitslosigkeit durch das Statistische Bundesamt.



Zukunftsängste Jugendlicher ernst nehmen

Die Krawalle junger Franzosen im Herbst 2005 haben die gesellschaftspolitischen Diskussionen in ganz Europa bestimmt. Die Gewaltexzesse der französischen Jugendlichen, die vornehmlich aus sozial schwächeren Familien mit Migrationshintergrund stammten, waren in erster Linie Proteste gegen die soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und fehlende Zukunftschancen, die sie in ihrem Alltag zu spüren bekommen.

Zwar sind die Ausgangssituationen junger Erwachsener in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedlich (die Jugendarbeitslosigkeitsrate in Frankreich ist um 8 % höher als in Deutschland), die Ausschreitungen in Frankreich müssen aber dennoch als warnendes Beispiel gesehen werden. Denn auch in Deutschland herrscht nach Untersuchungen der Europäischen Kommission ein besonders starkes Risiko der sozialen Ausgrenzung. Dieses umfasst:

- **sich ausgeschlossen zu fühlen aus dem Arbeitsmarkt,**
- **ökonomisch stark benachteiligt zu sein im Sinne von Armut,**
- **kulturell ausgegrenzt zu sein,**
- **Diskriminierungen aufgrund kultureller Herkunft zu erfahren,**
- **sozial isoliert zu sein vom Rest der Gesellschaft.**

Zahlreiche Studien belegen die zunehmende Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst junger Menschen in Deutschland. Die Einschätzung der persönlichen Zukunft ist stark vom sozialen Umfeld, der familiären Situation, dem Freundeskreis und vor allem dem schulischen Erfolg oder Misserfolg geprägt. Die Shell-

„Wir wollen ernst genommen werden – als Menschen mit individuellen Fähigkeiten – nicht als Problemfall.“

Schüler, SOS-Berufsausbildungszentrum

Jugendstudie von 2006 kommt zu dem Ergebnis, dass über Zweidrittel der Jugendlichen besorgt sind, ihren Arbeitsplatz zu verlieren bzw. überhaupt keine Beschäftigung zu finden (2002 waren es noch 55 % der Jugendlichen). Insbesondere Hauptschüler/innen schauen pessimistisch in die eigene Zukunft. Sie nehmen sich selbst als die großen Verlierer bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wahr. Auch





„Wir müssen die Eltern stärker mit ins Boot holen.“

Lehrerin



unter den Realschüler/innen nehmen die pessimistischen Zukunftsperspektiven zu. Jede/r zweite Realschüler/in sieht der eigenen beruflichen Zukunft skeptisch entgegen.

Viele der Jugendlichen fühlen sich mit ihren Sorgen und Problemen alleine gelassen. So äußerten etliche der jungen Teilnehmer/innen des Open Space

den Wunsch nach einer stärkeren Unterstützung bei der Berufswahl und in der Bewerbungsphase. Oft fehle es ihnen an Orientierungshilfen, beklagten die Jugendlichen, man wisse nicht, wo die richtigen Anlaufstellen seien und wo kompetente Ansprechpartner/innen zu finden seien. Schulischer Leistungsabfall werde von Eltern und Lehrer/innen häufig gar nicht zur Kenntnis genommen und zöge daher nicht die notwendigen Konsequenzen nach sich. Mehr Motivation und Begleitung durch Eltern wie Lehrkräfte, lautete daher eine Forderung der jugendlichen Teilnehmer/innen.

Die Zukunftsängste junger Menschen – vor allem solcher, die in prekären Situationen aufwachsen – müssen ernst genommen werden. Dazu müssen die Jugendlichen einerseits kompetent angeleitet werden, andererseits aber auch in die Lage versetzt werden, mehr eigenverantwortlich zu handeln und selbstständig zu lernen.

„Keine Perspektive, keine Integration, kein Respekt.“

Vertreter von REMIX e.V., Integrationsprojekt für deutsch-afrikanische Jugendliche und Erwachsene in Berlin und Brandenburg



Soziale Herkunft von schulischem und beruflichem Erfolg entkoppeln

Im Kontext des Schulbildungssystems ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine erhebliche soziale Selektion zu erkennen. Diese zeigt sich insbesondere in den Phasen der Einschulung bzw. Zurückstellung sowie in den Übergangsempfehlungen und wirkt sich schließlich auf Karrierechancen, Berufsausbildung, Erwerbsarbeit und Einkommen aus. Die PISA-Studie hat aufgezeigt, dass die „Sozialvererbung“ der Bildungschancen im Vergleich zu anderen OECD-Staaten in Deutschland am stärksten ausgeprägt ist. Die Hälfte der Hauptschüler/innen stammt aus Familien, in denen die Eltern im Lohnniedrigsektor tätig sind und nur über einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen. Die frühe Selektion von Kindern im Alter von 10 Jahren führt zu einem Verbleib in der sozialen Herkunftsschicht.

Ein chancengerechter Zugang zu Bildung und sozialem Aufstieg wird diesen Kindern verwehrt. Die Bildungsmobilität zwischen den unterschiedlichen Schulformen ist äußerst schwach ausgebildet. Die

Bildungsungleichheiten setzen sich auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt fort. Die traditionelle Stärke des deutschen Berufsbildungssystems war es, Jugendliche aus bildungsschwachen Schichten durch Ausbildung nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Stärke bröckelt jedoch: Die Neuzugänge von Hauptschüler/innen in das duale Ausbildungssystem sind zwischen 2000 und 2004 von 47 % auf 40 % gesunken. Gleichzeitig wuchs der Anteil

„Jeder sollte zumindest eine Chance bekommen.“

Schülerin, SOS-Berufsausbildungszentrum





„Selektion erfolgt bereits in der Grundschule. Die Schüler haben dann keine Möglichkeit einen guten Schulabschluss zu machen. Und ohne Abschluss findet man keine Ausbildung und keine Arbeit.“

Oberschullehrer

derjenigen, die in das berufliche Übergangssystem eintraten, von 45 % auf 52 %. Noch schlechter gestaltet sich der Übergang von der Schule in den Beruf bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Der Anteil an Auszubildenden mit Migrationsbiographie im dualen System ist 2005 auf 4 % gesunken. Dieser Wert liegt weit unter ihrem Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Das Leistungspotential von Kindern aus sozial schwächeren Schichten kann im bestehenden Schul- und Berufsbildungssystem nicht ausgeschöpft werden,

wodurch für Deutschland erhebliche Wohlfahrtsverluste entstehen. Die Wirtschaft warnt bereits seit einigen Jahren vor einem erheblichen Fachkräftemangel. Mit dem zunehmenden Flexibilisierungsgrad der Arbeit wird die Nachfrage nach hochqualifizierten Facharbeiter/innen in Zukunft noch steigen. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es daher von zentraler Bedeutung, soziale Herkunft vom Bildungserfolg zu entkoppeln, um Kindern und Jugendlichen aller Bevölkerungsschichten einen chancengerechten Zugang zu Bildung, hoher Qualifikation und damit zu sozialem Aufstieg zu ermöglichen.

In letzter Konsequenz bedeutet dies eine umfassende Reform des deutschen Bildungssystems einschließlich einer Ausweitung der vorschulischen Bildungs- und Betreuungsangebote, insbesondere für Kinder mit Migrationsbiographie und/oder aus sozial schwächeren Familien. Um ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot im Vorschulbereich anzubieten, bedarf es kurz- und mittelfristig spezieller Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieher/innen und langfristig einer Anpassung und Aufwertung erzieherischer Berufe. Ferner muss anerkannt werden, dass der Realschulabschluss nach der 10. Klasse der Regelabschluss für den Eintritt in das berufliche Bildungssystem geworden ist. Vor diesem Hintergrund – und um zu vermeiden, dass die Hauptschule als „Restschule“ entwertet wird – scheint eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule dringend erforderlich.





Nicht für die Schule, sondern für das Leben wollen wir lernen!

„Beratungsangebote bestehen, werden aber von den Schulen teilweise nicht ausreichend genutzt.“

Berufsberaterin

Schule verfolgt einen komplexen gesellschaftlichen Auftrag: Sie soll junge Menschen umfassend bilden, sie in die Gesellschaft integrieren und zu mündigen Bürger/innen erziehen. Die Schule stellt neben Familie und Freundeskreis das wichtigste Sozialisationsumfeld für junge Menschen dar. Zusätzlich zu fachlichem Wissen sollen daher auch Werte und Normen vermittelt werden, die den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft aufrechterhalten. Schulbildung ist damit ein zentrales Gut für die Bestreitung individueller Lebenschancen, die Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands und die Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft.

Die Ergebnisse der Pisa-Studie haben aufgedeckt, dass die fachlichen Leistungen der deutschen Schüler/innen im OECD-Vergleich alarmierend schwach ausfallen. Gleichzeitig konstatieren immer mehr Be-

triebe, dass Auszubildende sowohl mit mangelhaften Fachkenntnissen als auch ohne „Verhaltensbasics“ ihre Lehrstelle antreten. Konkret wird beklagt, dass den Schüler/innen grundlegende Sozialtugenden wie Pünktlichkeit und höfliche Umgangsformen fehlen. Das Wissen um diese Lücken führt wiederum bei den Jugendlichen dazu, dass Zukunftsängste verstärkt werden und mit Apathie, Frustration oder Trotz reagiert wird.

„Trotz vermutlich intensiver schulischer Vorbereitung sind oft Zweidrittel aller in einem Betrieb eingehenden Bewerbungen mangelhaft.“

Berufsberater

Aufwertung der Schule als Lernort

Mit den strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden systematisches Wissen und berufsübergreifende Kompetenzen an Bedeutung zunehmen. Ebenso sind soziale Fähigkeiten wie verantwortungsvolles Handeln und selbstständiges Lernen Grundvoraussetzungen für viele Berufsfelder.

Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, muss die Schule als Lernort aufgewertet werden. Dies umfasst neben einer guten räumlichen Ausstattung auch eine Aufstockung des Lehrpersonals sowie den zusätzlichen Einsatz von Sozialarbeiter/innen im Schulbetrieb. Um eine aktivierende Lernsituation zu schaffen, sollte bei der Zusammensetzung der Klassen auf Vielfalt Wert gelegt werden. So sollte in einer Klasse beispielsweise nicht mehr als die Hälfte der Schüler/innen einen Migrationshintergrund haben.





Schulische Vorbereitung auf das Berufsleben

In der Schule müssen Angebote für die Berufsvorbereitung verstärkt geschaffen und erweitert werden. Fächer wie „Arbeitslehre“ vermitteln ein grundlegendes Verständnis von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Schüler/innen entwickeln ein Bewusstsein für globale Veränderungsprozesse sowie für die Art und Weise, wie sich diese konkret in der

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass Fächer zur Berufsorientierung einen festen Bestandteil im Stundenplan bilden, um die Schüler/innen frühzeitig an die Arbeitswelt heranzuführen und einen praxisnahen Einblick in verschiedene Berufsfelder zu ermöglichen. Um die Impulse aus dem Fach Arbeitslehre nachhaltig aufzugreifen, sollte eine enge Verzahnung mit der individuellen Berufsvorbereitung angestrebt werden. Von Bewerbungstrainings über ausführliche Berufsbeschreibungen stellen die Berufsinformationszentren für Schulen einen zentralen Kooperationspartner und eine wichtige Ressource in der schulischen Berufsvorbereitung dar.

„Berufe sollten in der Schule vorgestellt werden. Z. B. ein Polizist sollte erzählen, wie man zur Polizei kommt.“

Schüler

Der Unterricht zur Berufsorientierung hat in letzter Zeit jedoch an vielen Schulen mit erheblichen Einschnitten und Stundenkürzungen zu kämpfen. Oftmals wird er zum Fach für schlechtere Schüler/innen abqualifiziert. Aus dem Open Space ist eine Initiative engagierter Lehrer/innen hervorgegangen, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Fach „Arbeitslehre“ an Berliner Gesamtschulen zu fördern und die Wertschätzung für diese Art der Unterstützung der Schüler/innen zu stärken, z. B. durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Arbeitswelt, beispielsweise durch Technisierung, niederschlagen. Dank eines integrierten Ansatzes können Kompetenzen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Hauswirtschaft erworben werden.



„Wir brauchen Seminare, wo man lernt, Bewerbungen zu schreiben.“

Schülerin



Nicht parken – sondern qualifizieren!

Unbestritten leiden unsere schulischen und beruflichen Ausbildungssysteme unter Defiziten. Der Anteil von Jugendlichen eines Jahrgangs, die in eine duale Ausbildung eintreten, ist von über 70 % Anfang der 90er Jahre auf 43 % gefallen. 17 % der Absolvent/innen beginnen eine Ausbildung im schulischen Berufssystem. Demgegenüber haben sich die berufsvorbereitenden und grundbildenden Qualifizierungsangebote in etwa verdoppelt. Ihr Volumen reicht inzwischen fast an die Zahl neuer Ausbildungsverträge heran. Vor allem – aber nicht ausschließlich – Hauptschüler/innen und Schulabbrecher/innen gelingt der direkte Übergang von der Schule in den Beruf nicht mehr. Anstatt eine Lehre beginnen zu können, müssen sie zunächst über Qualifizierungsmaßnahmen ihre Ausbildungsreife und in der Schule verpasstes Wissen erwerben.

Eben dieses originäre Ziel des Übergangssystems ist in den vergangenen Jahren verwässert worden. Jugendliche treten eine Maßnahmenkarriere an – der qualifizierende Charakter ist aus den Augen verloren worden. Maßnahmen werden nach dem Gießkannenprinzip gefördert und den Jugendlichen ohne klare Zielrichtung angeboten, was oft zu einem regelrechten „Maßnahmenhopping“ führt. Eine von der FES in Auftrag gegebene Studie zur Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems kommt zu dem Ergebnis, dass ein derart aufwendiges und kostenintensives Übergangssystem nur dann zu rechtfertigen sei, wenn Brücken zur Berufsausbildung oder

„Die Förderung von Schulabgänger/innen darf sich nicht nur auf sozial benachteiligte Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder Schulabbrecher/innen beziehen, sondern muss auch für Realschüler/innen und Abiturient/innen gegeben sein. Diese fühlen sich oft genauso hilflos und im Stich gelassen, wenn das Elternhaus keine Unterstützung leistet.“

Ausbildungsleiterin bei einem Bildungsdienstleister

zur weiterführenden Allgemeinbildung gebaut werden. Gerade hier liegt jedoch das zentrale Problem des Übergangssystems.

In den einzelnen Maßnahmen werden Qualifikationen erworben, die nicht zertifiziert sind und selten auf eine anschließende Berufsausbildung vorbe-

„Wir wollen mehr Unterstützung, die Jugendliche auch anspricht!“

Schülerin, SOS-Berufsausbildungszentrum





reiten oder angerechnet werden können. Um einen fließenden Übergang von der Maßnahme zur Ausbildung zu ermöglichen und die Jugendlichen zusätzlich zu motivieren, ist es sinnvoll, verschiedene zertifizierte Qualifizierungsbausteine zu entwickeln, die die Jugendlichen in einem Pass sammeln und auf ihre Ausbildung anrechnen lassen können.

Das Übergangssystem sollte insbesondere Risikogruppen und benachteiligte Jugendliche dahingehend unterstützen, ihren Schulabschluss und/oder ihre Ausbildungsreife nachzuholen bzw. zu verbessern. Ein besonderes Augenmerk muss dabei aber auch Förderlücken gelten, denn die bisherige Förderungspraxis hat zu einer Schieflage unter den Bewerber/innen beigetragen. Durch die starke Ausbreitung von Förderungsmaßnahmen sind vor allem durchschnittliche Realschüler/innen ins Hintertreffen geraten; sie fallen durch das bestehende Förderraster durch. Sie sind einerseits „zu gut“ für die Maßnahmen, andererseits „zu schlecht“, um auf dem Arbeitsmarkt mit Abiturient/innen und guten Realschüler/innen konkurrieren zu können.



„Maßnahmen sind nur erfolgreich, wenn die Jugendlichen freiwillig daran teilnehmen und nicht vom Jobcenter dazu gezwungen werden!“

Mitarbeiterin Vermittlungsagentur





Mutige und außergewöhnliche Initiativen ergreifen

Die Mehrheit der Jugendlichen, die aufgrund angeblich mangelnder Ausbildungsreife oder schlechter schulischer Leistungen auf dem Ausbildungsmarkt keine Chance hat, wird in sogenannte Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt, die für viele zur endlosen Warteschleife werden. Um eine solche Maßnahmenkarriere zu verhindern und den Jugendlichen ernsthafte Angebote für ihre Weiterbildung mit der Perspektive eines ordentlichen Ausbildungsverhältnisses zu unterbreiten, bedarf es mutiger und außergewöhnlicher Initiativen.

Wie zum Beispiel...

...im Jobcenter Neukölln. Reichen Jugendliche ihren Antrag auf Arbeitslosengeld II ein, dürfen sie nicht gleich wieder nach Hause gehen. Der Antrag wird direkt von Leistungsberater/innen geprüft. Im Anschluss daran werden die Jugendlichen von Vermittler/innen empfangen, die mit den Jugendlichen ein kurzes Profil erstellen, um deren Ausbildungsreife und Vermittlungsfähigkeit zu ermitteln. Gelten sie als vermittlungsfähig, erhalten sie direkt ein Bewerbungsangebot und müssen im Anschluss ihre Unterlagen noch im Jobcenter fertig machen und losschicken. Die anderen Jugendlichen erhalten Angebote für Trainingsmaßnahmen oder Ein-Euro-Jobs. Das Jobcenter versucht durch die schnelle Vermittlung, den Anreiz der Jugendlichen zu erhöhen, sich im Job oder der Trainingsmaßnahme zu bewähren. Zudem wird mit der Androhung von Sanktionen (Streichung von Leistungen) bei Ablehnung von Angeboten oder bei Abbruch zusätzlicher Druck auf die jungen Erwachsenen ausgeübt.

...im SOS-Berufsausbildungszentrum Berlin. Hier werden 250 junge Erwachsene aus 20 Ländern der Welt im Gastgewerbe, Handwerk, Medienbereich und der Verwaltung ausgebildet. Zusätzlich werden Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen für die Ausbildung qualifiziert. Es sind Jugendliche mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss, oft mit unzureichenden Deutschkenntnissen, denen auf diese Weise der Einstieg in eine Berufsausbildung oder qualifizierende Maßnahme ermöglicht wird. Die Bi-

lanz des SOS-Berufsausbildungszentrums ist erfolgreich: Die Mehrheit der Jugendlichen findet nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt. Die Erfahrungen des Zentrums lassen erkennen, dass das krampfhaftes Festhalten am Erreichen eines Schulabschlusses für bestimmte Schüler/innen nicht sinnvoll ist. Vielmehr hat die Praxis dieser Initiative gezeigt, dass nach dem erfolgreichem Absolvieren einer Ausbildung ein Schulabschluss für eine Weiterbeschäftigung keine notwendige Voraussetzung mehr ist.

...im Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg. Gleich drei neue Ausbildungsmodelle wurden hier im letzten Jahr angestoßen. Nach den Erfahrungen des Jobcenters dauern Qualifizierungsmaßnahmen einerseits zu lange, andererseits sinkt bei den Jugendlichen die Motivation, diese auch vollständig zu durchlaufen, da sie nicht in eine konkrete Ausbildung übergehen. Daher wird in den drei Pilotmodellen (1. Die Bahn macht Dampf, 2. Binationale Ausbildung als Hotelfachmann/-frau und 3. QuBA: Qualifizierung – Beratung – Ausbildung) das Konzept verfolgt, eine kurze Aktivierungsmaßnahme (3 bis 6 Monate) anzubieten, welche direkt in eine Ausbildung übergeht.

...beim Projekt KUMULUS. Um Jugendliche mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg in die Arbeitswelt zu unterstützen, hat 1993 die damalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John, diese Initiative ins Leben gerufen. KUMULUS bietet Beratung und Unterstützung an der Schnittstelle zwischen





Schule und Beruf sowie in allen Ausbildungsfragen. Dabei kooperiert KUMULUS mit allen Partnern, die am Berufsbildungsprozess beteiligt sind.

...an der Hermann-von-Helmholtz-Schule in Berlin-Neukölln. Als Pflichtfach werden den Schüler/innen dort ab der Jahrgangsstufe 7 verschiedene Bausteine zur Berufsorientierung angeboten. Dazu zählen der Erwerb von sozialen Kompetenzen wie der Kommunikation, der Teamarbeit und dem Umgang mit Konflikten, von technischen Fertigkeiten beispielsweise dem Bedienen von Computern sowie von praktischen Erfahrungen in der Textil-, Kunststoff- und Lebensmittelverarbeitung etc. Darüber hinaus wird der Kontakt zu wichtigen Institutionen und Ansprechpersonen bei der Berufsorientierung und -vermittlung hergestellt. Die Jugendlichen haben auch die Möglichkeit, Partnerbetriebe kennenzulernen. Alle Aktivitäten werden in einem individuellen Berufswahlpass dokumentiert, der bei Bewerbungen vorgelegt werden kann.

...in der Privatinitiative „Dialog der Generationen“. Grundgedanke dieser Bürger/inneninitiative ist „Alt hilft Jung“. Qualifizierte Senior/innen unterstützen Jugendliche bei der Berufsorientierung und -vorbereitung. Die Idee ist, die Seniorenhilfe bei einem Träger der Jugendarbeit, z. B. einem Jugendzentrum, anzusiedeln und durch sozialpädagogische Fachkräfte

zu begleiten. Darüber hinaus könnten kurz vor dem Ruhestand stehende Personalverantwortliche in Unternehmen angesprochen werden, um Kontakte zu Unternehmen herzustellen und den Erfahrungsschatz der Führungskräfte als Ressource für die Jugendlichen zu gewinnen.

...im Projekt „ENERGON – Mentoring zur Ausbildungsintegration“, das die ver.di Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe und die DGB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin mit vier Berliner Schulen durchführen. Dabei werden Jugendlichen, denen das unterstützende persönliche Umfeld fehlt, ehrenamtliche erwachsene Mentor/innen an die Seite gestellt, die sie während des letzten Schuljahres und in den ersten Wochen der Ausbildung motivierend und fördernd begleiten.

Aus dem Open Space ist eine Arbeitsgruppe aus Schüler/innen, Lehrer/innen und in der Jugendarbeit Engagierten hervorgegangen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, *best practice*-Beispiele wie die hier beschriebenen bekannt zu machen und zu vernetzen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll einer-



seits bundesweit die Nachahmung dieser Initiativen angeregt werden, andererseits aber auch eine positivere Medienberichterstattung über das Problem der Jugendarbeitslosigkeit unterstützt werden. Darüber hinaus dient die Arbeitsgruppe als Diskussionsplattform für den regelmäßigen Austausch zwischen Interessierten und Aktiven.



Beispielprojekt der DGB-Jugend

Ausbildung für alle – dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben

Die Initiative „Ausbildung für alle“ von DGB und Einzelgewerkschaften will Jugendlichen Gehör verschaffen und dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben. Denn die persönlichen Schicksale von Betroffenen, die vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, sind das beste Argument gegen die Behauptungen von Politik und Wirtschaft, am Ausbildungsmarkt gehe es aufwärts.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 24. April in Berlin und Aktionen in zehn weiteren Bundesländern wird die Initiative gemeinsam mit Jugendlichen ihre Forderungen publik machen: ein Grundrecht auf Ausbildung, eine Ausbildungsplatzumlage für Betriebe und Unternehmen, die nicht ausbilden, ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze und mehr Qualität in der Ausbildung.

■ Grundrecht auf Ausbildung

Bereits 1980 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass für ein auswahlfähiges Angebot die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen 12,5% über der Zahl der Bewerber/innen liegen müsste. Davon sind wir weiter entfernt denn je: Bundesweit fehlen über 200 000 Ausbildungsplätze für ein solches auswahlfähiges Angebot. Alle Appelle, Lehrstellenversprechen und Notprogramme von Politik und Wirtschaft konnten diesen Zustand bislang nicht beseitigen. Berufschancen hängen immer stärker von einer gu-

ten Ausbildung ab. Im Sinne eines Grundrechts auf Ausbildung muss allen jungen Menschen die Möglichkeit zu einer qualifizierenden Ausbildung gegeben werden. Die Arbeitgeber müssen ihrer Ausbildungspflicht nachkommen.

■ Jugend braucht Perspektive: Umlagefinanzierung jetzt

Das duale System trocknet seit Jahren aus, weil sich zu wenig Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen an der Ausbildung beteiligen. Die betriebliche Berufsausbildung muss auf eine breitere Basis gestellt und damit langfristig gesichert werden.

1. Die Ausbildung im dualen System muss derzeit in großem Umfang durch öffentlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote ersetzt werden. Der Bund, die Länder und die Bundesagentur für Arbeit müssen von den Kosten für betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung entlastet werden.
2. Der DGB erwartet, dass sich grundsätzlich alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen entweder an der Ausbildung oder an den Ausbildungskosten beteiligen. Das bedeutet auch, dass die Finanzierung auf eine neue Basis gestellt werden muss.



3. Durch Bundesrahmengesetzgebung sollen alle Betriebe zur Zahlung einer Berufsausbildungsumlage zur Finanzierung der Gesamtausbildungskosten herangezogen werden. Dabei haben tarifliche oder branchenbezogene Lösungen Vorrang.
4. Unternehmen, die durch Branchenfonds/Tarifverträge nicht erfasst werden oder deren Branchenfonds/Tarifverträge die jährlich vorgesehene Quote nicht erreichen, zahlen in einen Ausbildungsfonds bei der jeweiligen Berufsgenossenschaft.

Mit den auf diese Weise eingenommenen Mitteln sollen betriebliche Ausbildungsplätze, Plätze in Ausbildungsverbänden sowie außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert werden:

■ **Sofortprogramm**

Im Rahmen eines Sofortprogramms sollen überschüssige Mittel der Bundesagentur für Arbeit (BA) genutzt werden, um 50.000 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren. Diese sollen Jugendlichen zugute kommen, die keinen Zugang zum dualen System oder zu einem vollzeitschulischen Bildungsgang gefunden haben. Der DGB rechnet mit Kosten von rund 650 Millionen Euro für das Programm – Kosten, die bei einem Überschuss der BA von rund zehn Milliarden Euro durchaus zu verkraften wären.

Inzwischen hat der Verwaltungsrat der BA einen ersten Schritt in diese Richtung beschlossen: Immerhin 220 Millionen Euro stehen 2007 zur Verfügung, um 27.500 Ausbildungsplätze zu schaffen. Dieses Sonderprogramm ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften einen weiteren, nachhaltigen Ausbau des Ausbildungsangebots. Jugendliche brauchen eine Perspektive auf einen qualifizierten Berufsabschluss – auch wenn sie keinen Zugang zu einem klassischen Ausbildungsgang gefunden haben.

■ **Qualität in allen Bildungsgängen sichern**

Die Konzentration von Politik und Wirtschaft auf die schnelle Bereitstellung fehlender Ausbildungsplätze hat die Frage nach der Qualität von Ausbildung in den Hintergrund gedrängt. Diese Situation wurde noch verschärft dadurch, dass die Ausbildereignungsverordnung außer Kraft gesetzt wurde. Dies hat zur Konsequenz, dass die Qualifikation des Ausbildungspersonals zurückgeht. Jugendliche müssen sich auf hohe Qualität in allen Bildungsgängen verlassen können. Dafür bedarf es verbesserter Qualitätssicherungs- und -entwicklungsmaßnahmen.

Text: Marco Frank/ Dirk Neumann



Reform des beruflichen Bildungssystems

Das duale Ausbildungssystem hat in den letzten Jahren stark an Stellenwert eingebüßt. Immer weniger Jugendlichen gelingt der reibungslose Übergang von der Schule in den Beruf durch eine betriebliche Ausbildung. Das duale Ausbildungssystem hat seine traditionelle Stärke, nämlich auch junge Erwachsene aus einkommens- und bildungsschwachen Familien erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, verloren.

Auf dem Ausbildungsmarkt konkurrieren Abiturient/innen, Realschüler/innen, Hauptschüler/innen und Schulabgänger/innen um eine immer kleiner werdende Anzahl von Lehrstellen. Um allen Bewerber/innen einen chancengerechten Zugang zu einem Ausbildungsplatz zu ermöglichen, bedarf unser traditionelles Berufsbildungssystem umfassender Reformen.

Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarkts verlangt nach systematischem Wissen und berufsübergreifenden Kompetenzen. Diese Entwicklung legt nahe, im beruflichen Bildungssystem zwischen Grund- und Spezialisierungsbausteinen für unterschiedliche Berufssparten zu unterscheiden. Dies darf jedoch nicht zu einer Fragmentierung der beruflichen Bildung führen. Vielmehr muss Ausbildung ein breites Fundament liefern, das anschlussfähig und erweiterbar ist, damit junge Menschen flexibel auf dem heutigen Arbeitsmarkt bestehen können und die Chance haben, sich berufliche Perspektiven zu erarbeiten. Dementsprechend dürfen sich Reformen nicht nur auf die betriebliche Ausbildung begrenzen, sondern müssen auch die immer stärker in Anspruch genommenen (voll)qualifizierenden beruflichen (Vollzeit)Schulen umfassen.

Die horizontale und vertikale Durchlässigkeit im beruflichen Bildungssystem muss erhöht werden. In Deutschland ist der Wechsel zwischen verschiedenen Berufsgruppen aufgrund der starken Spezialisierung jedes einzelnen Berufs sehr schwach ausgeprägt. Diese geringe horizontale Durchlässigkeit verhindert Mobilität und Innovationspotential und

entlässt im Falle branchenspezifischer Rezessionen viele Arbeitnehmer/innen in die Arbeitslosigkeit. Daher ist es notwendig, das starre, auf einzelne Ausbildungsordnungen orientierte Berufsbildungssystem zu flexibilisieren.

Der Europäische Qualifikationsrahmen stellt in diesem Zusammenhang eine gute Chance zum Umdenken dar. Europaweit sollen gemeinsame Bezugsebenen definiert werden, um eine schlüssige Hierarchie zur grenzübergreifenden Einordnung von Qualifikationen in alle Bildungsbereiche zu ermöglichen. Die Einführung des ECVET (Europäisches Leistungspunktesystem in der beruflichen Bildung) erfordert die Bildung von Qualifikationsabschnitten, die sowohl räumlich, zeitlich als auch inhaltlich bestimmt sind.

Deutschland hat im Vergleich zu anderen OECD-Ländern sehr niedrige Studierendenzahlen. Der Anteil derjenigen, die den Übergang von einer beruflichen Ausbildung in ein Hochschulstudium schaffen, ist seit den 1990er Jahren auf 14 % gesunken. Um eine stärkere vertikale Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und (Fach)Hochschulstudium zu erreichen, müssen in der Ausbildung erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse angerechnet werden.





Mehr Ausbildungsplätze!

Im Juni 2004 wurde der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Arbeitgeber- und Industrieverbänden geschlossen. Die Wirtschaftsverbände verpflichteten sich, jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Im Februar 2007 ist dieser Pakt für weitere drei Jahre verlängert worden. Die Wirtschaftsverbände sagten sogar eine jährliche Verdoppelung der neuen Ausbildungsplätze (d. h. fortan 60.000) und 40.000 Plätze für Einstiegsqualifizierung zu.

Wie fällt die bisherige Bilanz aus?

Während die Bundesregierung und die Wirtschaftsverbände von einem Erfolg sprechen – schließlich sei die Selbstverpflichtung bei weitem übertroffen worden – sehen die Gewerkschaften im Ausbildungspakt eine Mogelpackung.

Was sagen die Zahlen?

Die Paktpartner geben an, dass im letzten Jahr 67.900 neue Lehrstellen geschaffen worden sind. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass lediglich 26.000 wirklich zusätzlich geschaffen wurden. Die restlichen 42.000 Lehrstellen decken die Ausbildungsplätze ab, die, z. B. durch Konkursgänge, wieder weggefallen sind.

Die Wirtschaft stellt zwar in absoluten Zahlen gemessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Lehrstellenlücke ist jedoch aufgrund der auf den Arbeitsmarkt strömenden geburtenstarken Jahrgänge im gleichen Zeitraum größer geworden.

Laut der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sind aktuell noch 17.400 Jugendliche nicht vermittelt, d. h. 1.800 Jugendliche mehr als im Vorjahr. Diese Zahl erfasst jedoch nicht alle Ausbildungsplatzsuchenden. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fehlen insgesamt 160.000 Ausbildungsplätze, all diejenigen

Bewerber/innen mitgerechnet, die von der Bundesagentur alternativ – aber nicht in Ausbildungsplätze – vermittelt wurden.

Nur rund ein Viertel aller Betriebe in Deutschland bilden aus. Von den restlichen Dreiviertel verfügen zwar nicht alle über eine Ausbildungsberechtigung, unter den ausbildungsberechtigten Betrieben bildet jedoch lediglich die Hälfte aus. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen fällt es schwer, die anfänglichen Mehrkosten in den Aufbau eines Ausbildungssystems zu investieren. Hier sind innovative und kreative Lösungen gefragt. Beispielsweise die Idee, dass sich verschiedene kleine und mittlere Unternehmen als Ausbildungsverbünde zusammenschließen, um so den anfänglichen Mehraufwand gemeinsam zu schultern. Steuerliche Begünstigungen für ausbildende Unternehmen können attraktive finanzielle Anreize für kleine und mittlere aber auch für große Unternehmen darstellen.

Darüber hinaus ist es wichtig, den Betrieben immer wieder die Vorteile von betriebsinterner Ausbildung zu verdeutlichen. Nachwuchskräften wird ermöglicht, Arbeitsabläufe von Beginn an kennenzulernen. Auf diese Weise erworbenes Detailwissen über den Betrieb bringt den hausintern qualifizierten Azubis gegenüber späteren Quereinsteigern entscheidende Vorteile, die die Betriebe nutzen sollten. Des weiteren gewinnen Unternehmen durch die Ausbildung junge Mitarbeiter/innen, die durch ihre Ideen und Alltagswahrnehmung oft wichtige Impulse einbringen.

Ein weiterer Anreiz für Unternehmen, mehr in Ausbildung zu investieren, könnte in der Einführung eines Siegels bestehen. Ein solches Siegel könnte an alle Unternehmen vergeben werden, die sich durch die Quantität und Qualität ihrer Ausbildungsmaßnahmen auszeichnen. Auf diese Weise würden die Unternehmen von einem öffentlichkeitswirksamen Imagegewinn profitieren.



Alternative Medienwirklichkeit schaffen

Die Medienberichterstattung über Arbeitslose ist überwiegend negativ geprägt. Die „typischen“ Hartz IV-Empfänger/innen werden als Sozialschmarotzer dargestellt, die sich auf Staatskosten vergnügen und gar kein Interesse an einem Arbeitsplatz haben. Auch wenn es mitunter schwarze Schafe unter den Hartz IV-Empfänger/innen geben mag, so ist es doch zweifelhaft, dass sich die Mehrheit der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen mit 345€ monatlich „vergnügt“ und kein ernsthaftes Interesse an einer Erwerbstätigkeit hat.

Vor diesem Hintergrund sollten gerade auch *best practice*-Beispiele in der Öffentlichkeit präsentiert werden, um einerseits die Medienberichterstattung auszugleichen und andererseits Betroffenen Mut zuzusprechen. In einer wöchentlichen Kolumne in lokalen Tageszeitungen oder im Fernsehen könnten Personen darüber berichten, wie sie erfolgreich

„Es müsste eine Website geben, wo Arbeitslose sich über ihre Schicksale aussprechen können.“
Schülerin, SOS- Berufsausbildungszentrum

ihre Arbeitslosigkeit überwunden haben. Dabei ist es wichtig, Angebote auch für die Zielgruppe der Jugendlichen ansprechend und verständlich zu gestalten. Spezielle Jugendmedien oder solche, die oft





von Jugendlichen genutzt werden, z. B. Zeitschriften, Radio- oder Fernsehsender, sollten motiviert werden, regelmäßig Beiträge auf diesem Themengebiet zu bringen. Hier bieten sich eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten, bei denen auch die Jugendlichen, beispielsweise durch Wettbewerbe, direkt miteinbezogen werden können. Darüber hinaus könnte auch eine Internetplattform geschaffen werden, auf der Jugendliche über ihre Erfahrungen berichten, sich gegenseitig Tipps geben und professionelle Beratung in Anspruch nehmen können.

Eine vielversprechende Idee wäre auch, Schulungen für Journalist/innen anzubieten, in denen sie sowohl für die Situation der (jugendlichen) Arbeitslosen sensibilisiert, als auch über die komplexen Zusammenhänge dieses Themas aufgeklärt werden.

„Nur 10% der Arbeitslosen sind schlecht – 90% werden stigmatisiert!“

Schüler





Schlusswort der Veranstaltenden

Mit der Veranstaltung des Open Space und dem daraus entstandenen Forderungskatalog wollen die Friedrich-Ebert-Stiftung und die DGB-Jugend einen Beitrag dazu leisten, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit in der gesellschaftspolitischen Debatte nicht untergeht. Mit dem Open Space ist es uns gelungen, ein Forum zu bieten, in dem neue Ideen entstehen, Initiativen vorgestellt und Netzwerke geknüpft werden konnten. Wir hoffen, dass die Beteiligten diese Impulse nutzen werden, um die entstandenen Projekte umzusetzen und sich gemeinsam gegen Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen.

Denn hinter der anonymen Jugendarbeitslosigkeitsstatistik verbergen sich die Einzelschicksale junger Menschen. Eine Gesellschaft darf es nicht hinnehmen, dass eine immer stärker wachsende Anzahl junger Erwachsener – insbesondere benachteiligter Jugendlicher – von der grundlegenden gesellschaftlichen Teilhabe, nämlich dem Nachgehen einer Erwerbstätigkeit, ausgeschlossen wird.

Die Brisanz der Thematik fordert politische Antworten, wie beispielsweise die Einführung von Kombilohnmodellen für arbeitslose Jugendliche. Jugendarbeitslosigkeit ist ein strukturelles Problem, das langfristig

und nachhaltig nur mittels umfangreicher Reformen im gesamten Bildungsbereich – von der frühkindlichen Betreuung an, über die Grundschule und die allgemein bildenden Schulen bis hin zum beruflichen Bildungssystem – durchbrochen werden kann.

Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer modernen technologisierten und dienstleistungsorientierten Gesellschaft beruhen auf Wissen. Chancengerechter Zugang zu Wissen ermöglicht, die Leistungspotenziale einer Gesellschaft ausschöpfen zu können. Der von der Industrie beklagte Fachkräftemangel ist ein Zeichen dafür, dass in den vergangenen Jahren unter anderem unzureichend ausgebildet wurde. Um die entstandenen volkswirtschaftlichen Verluste gering zu halten, müssen von Staat und Wirtschaft ernsthafte Reformbemühungen zur Überwindung dieses Missstandes initiiert werden.



Licht in das Dunkel der Jugendarbeitslosigkeitsstatistik • Zukunftsängste Jugendlicher ernst nehmen • Soziale Herkunft von schulischem und beruflichem Erfolg entkoppeln • Nicht für die Schule, sondern für das Leben wollen wir lernen! • Nicht parken – sondern qualifizieren! • Mutige und außergewöhnliche Initiativen ergreifen • Reform des beruflichen Bildungssystems • Mehr Ausbildungsplätze! • Alternative Medienwirklichkeit schaffen